

Bürgerbewegung oder außerparlamentarische Opposition?

Am 3. April, dem europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau, haben der IG Metallvorsitzende Peters und andere Gewerkschaftsvertreter von einer „Bürgerbewegung für eine solidarische Erneuerung unseres Landes“ gesprochen. Was ist an diesen Worten dran?

Peters auf der Kundgebung in Köln: „Wir brauchen eine Perspektive für eine solidarische und soziale Zukunft. In Deutschland und Europa! Im Zentrum einer solchen Politik muss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stehen. Wir brauchen mehr Beschäftigung, wir brauchen mehr Arbeitsplätze! Arbeitsplätze mit Einkommen, die zum Leben reichen; mit Arbeitnehmerrechten und mit sozialem Schutz. Arbeitsplätze, an denen die Menschen ihr Wissen und ihre Kreativität einbringen können. Ungeschützte Dienstbotenjobs mit Minilöhnen, ohne tariflichen und sozialen Schutz und ohne Perspektive sind der falsche Weg. Wir wollen Arbeit mit Einkommen, mit denen die Menschen auch auskommen.“ Soweit Peters.

Bürgerbewegung der Unverbindlichkeit?

Wer nach diesen Worten des IG Metallvorsitzenden „Butter bei die Fische“ erwartet hat, wurde bitter enttäuscht. An keiner Stelle – weder am 3. April noch danach – erklärten uns die Gewerkschaftsführer, was jetzt zu tun ist, außer ... die Regierung SPD/Grüne zu ermahnen, mit Worten wie: „Macht endlich Schluss mit dieser Politik“.

Und wenn sie es nicht tun? Wenn Kabinett & Kapital über Arbeitszeitverlängerung und Entlassungen die Erwerbslosenzahlen weiter in die Höhe treiben?

Peters' „Alternative“

Peters' „Alternative“ besteht darin, den Regierenden eine andere Investitionspolitik vorzuschlagen. Sein neokeynesianisches Zukunftsprogramm fasst er so zusammen: „Wir brauchen einen grundlegenden Wechsel in der Politik, wir brauchen mehr



Beschäftigung, mehr Arbeit. Wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit. Wir haben Alternativen aufgezeigt. Statt arbeitsplatzvernichtender Arbeitszeitverlängerung wollen wir beschäftigungsfördernde Investitionen. In Kindergärten, Schulen und Universitäten, in Krankenhäusern und dem öffentlichen Nahverkehr. Das setzt an den wirklichen Bedarfen der Menschen an, das schafft Arbeitsplätze und steigert den Lebensstandard. Das sind Investitionen in die Zukunft.“

Den Eindruck erwecken, dies könne auch nur im Entferntesten etwas an den Erwerbslosenzahlen ändern, bedeutet, den Menschen Sand in die Augen streuen. Peters, Sommer und alle anderen führenden GewerkschaftsvertreterInnen wissen dies auch, aber sie bleiben bei diesem Wischiwaschi, weil sie den Konflikten aus dem Weg gehen wollen.

Gemeinsam gegen Erwerbslosigkeit

Wer wirklich etwas ändern will, darf von SPD und Grünen keinen Politikwechsel erwarten. Von neoliberalen Kräften eine Politik im Interesse der Lohnabhängigen zu erhoffen, ist ein Widerspruch in sich. Wer die Verhältnisse im real existierenden Kapitalismus nüchtern betrachtet, kommt an der Erkenntnis nicht vorbei, dass bei weiterer Untätigkeit der Betroffenen, d. h. der Klasse der Lohnabhängigen, die Zahl der Erwerbslosen nur steigen kann.

Für uns ergeben sich aus all dem zwei wesentliche Schlussfolgerungen:

- Alle gesellschaftlichen Kräfte, die auf Seiten der Lohnabhängigen und Bedürftigen stehen, müssen die Herausforderung begreifen, die die aktuelle Offensive der Herrschenden zur Verlängerung der Arbeitszeit darstellt. Wir brauchen an jedem Ort – und koordiniert im ganzen Land – eine breite Abwehrfront mit Aktionen auf der Straße, in den Betrieben und Verwaltungen d.h. eine außerparlamentarische Opposition! Wir müssen gewerkschaftliche und gewerkschaftsübergreifende Bündnisse aufbauen, die Solidaritätsaktionen mit allen Betroffenen entwickeln. Nur so kann die Offensive von Kabinett und Kapital gestoppt werden.

Aus der Verantwortung, eine solche aktive Abwehrfront aufzubauen, dürfen wir die Gewerkschaftsführungen nicht entlassen. Wir müssen sie immer wieder damit konfrontieren. Aber wir dürfen nicht darauf warten, bis sie zu solchen Aktivitäten aufrufen. Der Druck muss von unten aufgebaut werden, so stark, dass auch die Gewerkschaftsführungen nicht daran vorbei können.

- In den Gewerkschaften und darüber hinaus muss eine intensive Diskussion zum Kampf gegen die

Erwerbslosigkeit einsetzen. Das Ziel muss sein, die Arbeitszeitfrage von uns aus wieder positiv zu besetzen und zwar mit der Stoßrichtung:

Arbeitszeitverkürzung – bis alle Arbeit haben!

Dabei werden wir nur dann eine Mehrheit der KollegInnen für den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit gewinnen können, wenn:

- sie in großen Schritten bei vollem Lohn- und Personalausgleich erfolgt,
- Arbeitsbedingungen definiert sind, um mehr Stress zu vermeiden,
- die 1,8 Milliarden Überstunden radikal abgebaut werden, Leiharbeit verboten wird,
- Zumutbarkeitsregelungen für Erwerbslose abgeschafft werden,
- Entlassungen in Betrieben, die Gewinne machen, verboten werden.

Kämpfen für 1500 - Mindestlohn!

Auch zur Frage der „Einkommen, die zum Leben reichen“, hat Peters nichts Konkretes ausgeführt. Kein Wunder, hat doch gerade die IG Metall auf dem DGB-Kongress vor zwei Jahren eine Konkretisierung der Beschlussvorlage zum Mindestlohn verhindert. Auf Initiative von Ver.di, IG BAU und NGG wurde damals der „Antrag 25“ zur gesetzlichen Einführung eines Mindestlohns eingebracht und verabschiedet. Auf Veranlassung der IG Metall wurde aber die alles entscheidende Zahl 1500 Euro – nämlich für welchen Mindestlohn mensch sich stark machen will – gekippt.

Diese Zahl ist nicht zufällig entstanden. Sie beruht auf OECD-Berechnungen, nach denen in der



BRD schon im Jahr 1998 mindestens 833 € gebraucht wurden, um ein menschenwürdiges Leben zu führen. Wer 833 € netto zur Verfügung haben soll, muss ca. 1500 Euro brutto verdienen. Bei einer angenommenen tariflichen Durchschnittsarbeitszeit von 38 Wochenstunden wären dies 9,15 € in der Stunde.

Heute gewinnt die Forderung nach einem Mindestlohn von 1500 Euro, wie sie zum Beispiel von der Gewerkschaft NGG erhoben wird, zunehmend an Bedeutung.

Obwohl die Lebenshaltungskosten weiter gestiegen sind, hat sich der Niedriglohnsektor bedeutend ausgedehnt. Immer mehr Menschen werden in Billigjobs abgedrängt. War es vor 2 Jahren noch so, dass nach unseren Berechnungen bei einer Durchsetzung der Forderung nach 1500 € Mindestlohn ca. 8 Millionen Menschen eine Einkommenssteigerung zwischen 50 und 100 % zu verzeichnen hätten, so sind es heute eher 10 Millionen und zwar mit Einkommenssteigerung von bis zu 130%.

**Eine bessere Welt
ist möglich!**

Revolutionär Sozialistischer Bund,
Sektion der IV. Internationale in Deutschland

Jetzt erhältlich beim RSB:

**Gesundheit. Ein
Mordsgeschäft.**

**Texte gegen die
Verwertung des
Menschen und
der Gesund-
heitssysteme**

**Preis:
1,00 Euro.**

Gesundheit

**Ein Mords-
Geschäft**

**Texte gegen die
Verwertung des
Menschen und der
Gesundheitssysteme**

Revolutionär Sozialistischer Bund/IV.Internationale

Wer wir sind:

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Ich möchte:

- das Infopaket des RSB bestellen.
- den RSB in meiner Nähe kennenlernen.
- mich an Aktivitäten des RSB beteiligen.
- die monatliche Zeitung des RSB beziehen.

Name

Adresse

eMail

Ausschneiden und sende es an:

RSB Berlin, Postfach 350513, 10214 Berlin oder an
RSB Potsdam, Lindenstraße 47, 14467 Potsdam oder an
RSB Bundesbüro, Landzungenstr. 8, 68159 Mannheim (visdP)

oder per Mail:

berlin@, potsdam@ oder büro@rsb4.de

Mehr Infos auf: www.rsb4.de

14.Mai 2004